

Die deutsche Wirtschaft braucht den EU-Binnenmarkt gerade jetzt

von Hans-Jürgen Wolter



Der europäische Binnenmarkt besitzt für die Industrieunternehmen sowohl als Beschaffungs- als auch Absatzmarkt von allen Auslandsmärkten die höchste Relevanz. Dies hat vor gut eineinhalb Jahren eindrücklich eine Befragung des IfM Bonn gezeigt: Rund 70 % der Führungskräfte bezeichneten ihn als den wichtigsten ausländischen Beschaffungsmarkt ihres Unternehmens, über 75 % als den wichtigsten Absatzmarkt. Für knapp 26 % bzw. 18 % sind diese Märkte in den europäischen Nachbarstaaten sogar noch wichtiger als der deutsche Markt. Zum Vergleich: Für etwas weniger als 15 % war der Beschaffungsmarkt und für knapp 5 % der Absatzmarkt in China am wichtigsten, gefolgt von den Märkten in den europäischen Staaten, die nicht der EU angehören (4,4 % bzw. 6,7 %), Asien ohne China (6,1 bzw. 3,6 %) sowie in den USA und Kanada (2,5 % bzw. 6,1 %). So verwundert es denn auch nicht, dass laut Statistischem Bundesamt insgesamt rund die Hälfte der deutschen Ex- und Importe auf EU-Länder entfällt.

EU-Skepsis und Dexit-Forderungen schaden der deutschen Wirtschaft

Gerade in der aktuellen ökonomischen Situation in Deutschland ist daher eine prinzipielle EU-Skepsis – oder sogar die Forderung nach einem Dexit – schädlich für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Schließlich profitieren die Unternehmen in Deutschland wie auch in den anderen EU-Staaten von der Größe des Binnenmarkts mit rund 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von den weitgehend harmonisierten Regelungen und der Gemeinschaftswährung Euro. Die Transaktionskosten der Handelsbeziehungen in der Europäischen Union sinken dadurch.

Zugleich eröffnen sich den Unternehmen aufgrund der Fixkostendegressionseffekte Kosten- und Produktivitätsvorteile, wenn sie größere Mengen produzieren und in der EU absetzen können. Sowohl die Transaktionskostensenkung als

auch die Produktivitätsvorteile erhöhen somit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Darüber hinaus vereinfacht die in der EU geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht nur den Austausch von Arbeitskräften und Know how, sondern kann deutschen Unternehmen auch bei der Rekrutierung notwendiger Fachkräfte helfen.

Neben all' diesen Vorteilen, die sich aus dem (zoll-)freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital ergeben, bietet der EU-Binnenmarkt umfassende Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen, was gerade angesichts der wachsenden globalen Risiken einen hohen Wert für den Mittelstand darstellt.

Darüber hinaus tragen die harmonisierten Rahmenbedingungen des EU-Binnenmarkts dazu bei, die vielfältigen unternehmerischen (Ideen-)Potenziale in den EU-Mitgliedstaaten miteinander in Beziehung zu setzen. Dies fördert die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, da sie gemeinsam bessere, innovativere Produkte und Dienstleistungen entwickeln können.

EU-Wirtschaftspolitik sollte weniger kleinteilig sein

Gleichwohl ist zu hoffen, dass in der jetzigen EU-Legislaturperiode die Wirtschaftspolitik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weniger kleinteilig gestaltet und stattdessen eine ordnungspolitisch ausgerichtete europäische Mittelstandspolitik initiiert wird. Dabei sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Zentralisierungs- und Dezentralisierungsvorteilen geachtet werden. Ein großer Teil des in den EU-Mitgliedstaaten geltenden Rechts beruht mittlerweile direkt oder indirekt auf EU-Recht. Umso wichtiger ist es, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer die Rechtsvorschriften als verhältnismäßig, sinnvoll und umsetzbar ansehen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass sie eigenmächtig Bürokratieabbau betreiben, was die Rechtsstaatlichkeit und die Akzeptanz der EU unterminiert.

Hans-Jürgen Wolter ist Projektleiter im IfM Bonn. Er beschäftigt sich seit Jahren u.a. mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelstands in Deutschland sowie mit seinen Auslandsaktivitäten.